

dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 9 2025

SEPTEMBER 2025

Der Herbst ist da – für die einen ist es die Zeit, sich wieder etwas mehr häuslich einzurichten und sich über Weihnachtsgeschenke Gedanken zu machen. Für die anderen ist es die Zeit, über einen neuen Haushaltsentwurf zu befinden und die letzten Entscheidungen des Jahres aufs Gleis zu setzen. Wieder andere kündigen vollmundig einen „Herbst der Reformen“ an, mit dem man die großen Probleme des Landes endlich angehen möchte. Wie sagte einst schon der große Fußballphilosoph Franz Beckenbauer: Schau'n mer mal!

dbb-Frauen: Viel erreicht und noch viel Arbeit



Die Frauenvertretung des dbb Hessen geht mit einem erfahrenen Team an der Spitze in die nähere Zukunft. Beim Landesfrauentag in Fulda wurde der alte Vorstand im Amt bestätigt und ergänzt. Im Einzelnen bedeutet dies **Katharina Bonnet-Biedler** (BdR), wurde wiedergewählt als Beisitzerin, **Christine Köhler** (dbb Osthessen) ist weiterhin stellv.

Vorsitzende, **Claudia Veith-Tezeren** (GdS), stößt als neu gewählte Beisitzerin dazu, **Sylvia Maul** (komba) wurde wiedergewählt als Beisitzerin, **Sonja Waldschmidt** (DSTG), ist auch in den kommenden Jahren die Vorsitzende und **Monika Schreiber** (DSTG) bleibt als stellvertretende Vorsitzende im Amt (Foto von links). Die Wahl der 49 Delegierten erfolgte einstimmig.

Auch inhaltlich präsentierten sich die Vertreterinnen der 39 Mitgliedsverbände des dbb Hessen geschlossen. So wurde der Der Leitantrag des Vorstands unter dem Titel „Gleichberechtigung und Frauenrechte im Fokus behalten“ ebenso einstimmig auf den Weg gebracht. Der Leitantrag beinhaltet vier Kernforderungen, die die Arbeit der Querschnittsorganisation in den kommenden Jahren prägen sollen. Diese sind:

- Gleichberechtigung als Zukunftsgrundlage und demokratische Grundbedingung
- Förderung der politischen Teilhabe von Frauen
- Gerechte Verteilung von Sorgearbeit
- Schutz vor Gewalt gegen Frauen

Inhaltsverzeichnis

dbb-Frauen wählen in Fulda neuen Vorstand	Seite 1
Beamtenum-Diskussion: Ein Faktencheck	Seite 3
Landesvorstand tagt in Frankfurt	Seite 7
Respektwoche: Nicht nur die Blaulicht-Berufe	Seite 7
Neue wichtige Publikationen für Beamte	Seite 7
Verbraucherschutz: Achtung, Fake-Accounts!	Seite 8
Mitglied werden in der dbb-Familie	Seite 11

Auch alle anderen Anträge aus dem Vorstand und den Frauenvertretungen der Mitgliedsgewerkschaften wurden angenommen.

Konstruktive und konzentrierte Arbeitsatmosphäre prägten also den Arbeitsnachmittag. Der Vormittag stand dagegen ganz im Zeichen der Öffentlichkeit und der Grußworte. Für die politischen Fraktionen des Landtags waren die Frauenpolitische Sprecherin der CDU, **Stefanie Klee**, die Justizpolitische Sprecherin der SPD, **Tanja Hartdegen**, die Frauenpolitische Sprecherin der Grünen, **Julia Herz** und die Fraktionsvorsitzende der FDP, **Wiebke Knell** gekommen. Durchweg positiv bewerten sie die (Zusammen)Arbeit mit den dbb-Frauen. „Bleiben Sie laut, bleiben Sie unbequem, bleiben Sie solidarisch!“ rief Knell den Frauen zu, während Stefanie Klee in vielen Punkten ein Umdenken in der Gesellschaft forderte. Zur Vernetzung, um an den selben Zielen zu arbeiten, appellierte Tanja Hartdegen, denn: „Die Frauenrechte geraten unter Druck.“ Herz würdigte die Frauen im öffentlichen Dienst als die Menschen, die den Staat zusammenhalten. „Die Demokratie braucht Frauen“, sagte sie.

Einen eher nachdenklichen Ton hatte die Vorsitzende Sonja Waldschmidt in ihrem Eröffnungsstatement angeschlagen. „Die Welt wandelt sich und nicht unbedingt zum Guten“, sagt sie und skizzierte, wie Frauen- und Menschenrechte weltweit wieder unter Drock geraten und zunehmend politisch infrage gestellt werden. „Dem müssen wir uns entgegenstellen, deutlich und laut!“ Auch in der täglichen Arbeit sieht sie noch Verbesserungsbedarf. „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir.“ Bis zur Vereinbarkeit von Karriere und Beruf sei es aber noch ein langer Weg. Neue Betätigungsfelder sieht sie auch in der Bekämpfung von sexualisierter und digitaler Gewalt gegen Frauen. Und auch in der Gleichstellung sei noch viel Luft nach oben.

Der dbb Landesvorsitzende **Heini Schmitt**, einer der wenigen anwesenden Männer bei dieser Veranstaltung, zeigte am Beispiel der dbb Hessen Leitungsgremien, dass paritätische Gleichstellung kein Wunschgedanke bleiben muss. Von 5 stellvertretenden Landesvorsitzenden sind 2 Frauen, die Vorsitze der Seniorenvertretung und des Tarifausschusses werden ebenfalls von Frauen, nämlich **Hannelore Andree** und **Katja Geweniger** besetzt. Außerdem wird der Rechtsschutz von Rechtsanwältin **Dr. Andrea Fischer** verantwortet.



Heini Schmitt bedankte sich bei Sonja Waldschmidt und dem Vorstand der Frauenvertretung für die hervorragende, engagierte und kompetente Arbeit. In seiner Ansprache brachte er mit Nachdruck seine Empörung über die verschiedenen Formen von Gewalt und Übergriffigkeit gegen Frauen zum Ausdruck. Im weiteren Verlauf stellte er die aktuelle Situation in Sachen Beamtenalimantation dar und verurteilte dabei insbesondere die in vielen Rechtskreisen bereits Gesetz gewordene Anrechnung von Partnereinkommen als vor allem frauenfeindliche „Herdprämie“. Schließlich warb er im Hinblick auf die anstehenden Einkommensrunden in der TdL und in Hessen für eine tatkräftige Unterstützung.

Einen thematischen Rundumschlag lieferte die Vorsitzende der dbb Bundesfrauenvertretung **Milanie Kreutz** – von der politischen Weltlage, über die Trad Wife-Bewegung in sozialen Netzwerken bis Gendersprache zur Carearbeit, die nach wie vor in unserer Gesellschaft zum ganz überwiegenden Teil von Frauen gestemmt wird – meist unentgeltlich und zu Lasten der eigenen Altersvorsorge. Und auch sie sieht noch jede Menge Arbeit. „Ich will mir nicht ständig sagen lassen, dass wir genug gefordert und bekommen haben“, sagte sie mit Blick auf die dicken Bretter, die sie in der Politik aber auch intern im Verband zu bohren hat. „Wer Frauenrechte möchte muss auch Macht teilen: im Verband, in der Politik in der Familie in der Sprache.“

Gewissermaßen als Gastgeber hatte zu Beginn der Stadtrat **Jochen Kohlert** die Delegierten in seiner Stadt begrüßt und ungewohnte Töne angeschlagen. Der zweifache Vater selbst arbeitet in Teilzeit, hat Elternzeit nehmen können und profitierte damit von vielen Errungenschaften, die mutige Frauen in der Vergangenheit zäh erstritten haben. Dafür dankte er den dbb-Frauen stellvertretend. „Gleichberechtigung sollte auch Thema für Männer sein und Grundvoraussetzung für das demokratische Miteinander“, sagte Kohlert.

Beamtenum: Politische Diskussion ist verzerrt und verkürzt – ein Faktencheck

Momentan beschäftigt sich die Regierung in Berlin mit anderen Dingen – der Haushalt muss beschlossen werden. Die Sommerpause wurde von Vorstößen dominiert, wie das Beamtenum zu reformieren sein könnte – in erster Linie natürlich, weil man damit vermeintlich Geld sparen könnte.

Dazu der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt:

„Ob Arbeitsministerin **Bärbel Bas**, CDU-Generalsekretär **Carsten Linnemann** oder der Bundesrechnungshof. Die Diskussion zeigt: Am Ende schießen sich die Kritiker jeweils auf die Beamten ein. Sie seien zu viele, zu teuer und würden zu viele Privilegien genießen. Die Erledigung staatlicher Aufgaben durch Angestellte sei daher der richtige Weg.

Die Vermutung, dass bei all dem Ideologie und „Bauchgefühl“ im Vordergrund stehen, Fakten hingegen in den Hintergrund treten, drängt sich damit geradezu auf.

Deshalb hier ein paar sachliche Argumente, über die die „Beamtenabschaffer und vermeintlichen Retter der Finanzen des Staates“ einmal nachdenken sollten:

Bei der nachstehenden Betrachtung unterstelle ich, dass es den Bürgerinnen und Bürgern ziemlich egal ist, ob sie eine staatliche Dienstleistung von einem Beamten oder einem Angestellten bekommen.

Wie viele Steuermittel für das Erbringen der Dienstleistung aufgewendet werden müssen, dürften sie hingegen schon interessieren.

Für eine seriöse Betrachtung dieser Frage muss man einen Beamten einem vergleichbaren Angestellten im öffentlichen Dienst (gleiche Besoldung/Vergütung; bspw. A 6 ggü. EG 6, A 9 ggü. EG 9, A 13 ggü. EG 13) gegenüberstellen, und zwar bei Annahme einer gleichen Vita, also bei angenommenen 40 aktiven Beschäftigungsjahren und 17 Jahren Altersruhephase (Durchschnittswerte):

- Der Beamte erhält 40 Jahre lang eine geringere Bruttobesoldung als der vergleichbare Arbeitnehmer.
- Der Beamte muss von seiner Bruttobesoldung noch die Beiträge zu seiner privaten Kranken- und Pflegeversicherung zahlen. Seine danach ihm noch zur Verfügung stehende Nettobesoldung muss ihm reichen, um sich und seiner Familie einen amtsangemessenen Lebensstandard zu ermöglichen. Er muss darauf vertrauen können, dass er mit seinen späteren Versorgungsbezügen (Pension) auch im Ruhestand seinen Lebensstandard halten kann.
- Der Arbeitnehmer muss von seiner höheren Bruttovergütung anteilig die Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie zur betrieblichen Alterszusatzversorgung (bspw. VBL) zahlen, was trotz höherer Bruttovergütung häufig zu einer geringeren Nettovergütung als die Nettobesoldung des Beamten führt (was dem Steuerzahler aber nichts nützt).
- Zur geringeren Bruttobesoldung des Beamten muss der Dienstherr (bspw. das Land Hessen, und damit der Steuerzahler) 40 Jahre lang die Aufwendungen für die Beihilfe und die spätere Versorgung (dazu später mehr) zahlen.
- Zur höheren Bruttovergütung des Arbeitnehmers muss der Arbeitgeber (bspw. das Land Hessen, und damit der Steuerzahler) 40 Jahre lang zusätzlich die anteiligen Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung zahlen.
- In der (durchschnittlich) deutlich längeren aktiven Phase (40 Jahre ggü. 17 Jahren) ist damit rechnerisch klar nachzuweisen, dass ein Beamter im Vergleich zu einem vergleichbaren Angestellten für den Bürger/Steuerzahler keineswegs „teurer“ ist.



OZ-Umfrage
Sollten Beamte auch in die gesetzliche Rente einzahlen?

LINDEMANN-FORDERUNG
Mehrheit der Deutschen will weniger Beamte – auch Pensionen für die meisten zu hoch
06.08.2025 | Lesedauer: 3 Minuten

Debatte über Rente
Ökonomen wollen Beamte länger arbeiten lassen
Die Debatte über die Lebensarbeitszeit läuft heiß. Jetzt machen Wissenschaftler des Pestel-Instituts einen radikalen Vorschlag: Beamte sollten fünfeneinhalb Jahre länger im Beruf bleiben, weil sie älter werden als Arbeiter.

Startseite > Wirtschaft

Bas' Renten-Vorschlag erzeugt Proteststurm: Beamte kämpfen gegen Einzahlungspflicht

21.08.2025, 13:25 Uhr

Ein westdeutsches Problem: Pensionen belasten zunehmend die Länderhaushalte

- In der Altersruhephase erhält der Arbeitnehmer seine Rente und zusätzlich die Leistungen aus der betrieblichen Altersvorsorge, während der Beamte ausschließlich aus seiner Versorgung/Pension seinen Lebensunterhalt bestreiten muss.

- Bei einem voll umfänglich funktionierenden Rentensystem (Generationenvertrag) könnte man unterstellen, dass dem

Arbeitgeber/Staat 17 Jahre lang keine Kosten mehr für die Auszahlung der Rente des Arbeitnehmers entstehen, wobei die Rentenkasse neben der tatsächlichen Bruttorente auch die Hälfte der Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung weiterhin zahlt.

- Jedoch funktioniert der Generationenvertrag nicht mehr. Stattdessen muss jedes Jahr ein deutlich zweistelliger Milliardenbetrag als Bundeszuschuss in die Rentenkasse gezahlt werden. Natürlich handelt es sich beim Bundeszuschuss um Steuergelder, mithin auch um Steuerzahlungen von Beamten, die jedoch keine Leistungen aus der Rentenversicherung beziehen.

- In der Altersruhephase des Beamten (Ruhestand) muss der Dienstherr/Staat/Steuerzahler 17 Jahre lang die Ruhestandsbezüge und die Kosten für die Beihilfe des Beamten zahlen. **Und genau hier gilt es, den „lautstarken Unwissenden“ ins Gedächtnis zu rufen, dass für eine seriöse Betrachtung zwischen einem Beamten und einem Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst der Vergleich um folgenden, entscheidenden Aspekt erweitert werden muss:**

Schon weit zurück im alten Jahrtausend wurden die Beamten immer wieder, teils drastisch, von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt. Besoldungsanpassungen an Tarifierhöhungen geschahen immer wieder in geringerem Umfang, verzögert, gestaffelt oder auch gar nicht. Diese Entwicklung hat sich über Jahrzehnte bis heute fortgesetzt. Mit Versorgungsänderungsgesetzen wurde den Beamten zusätzlich über 15 Jahre ein Teil der Besoldungsanpassungen vorenthalten. Immer wieder wurden diese Einschnitte auch damit begründet, dass die eingesparten Mittel für spätere Pensionsverpflichtungen angespart und angelegt werden.

Hätte man diese den Beamten weggenommenen Mittel konsequent langfristig am Kapitalmarkt angelegt, dann könnten heutige Pensionsverpflichtungen zumindest in nennenswertem Umfang aus den Erträgen bedient werden. Entsprechende Schätzungen gehen sogar davon aus, dass eine Summe hätte erwirtschaftet werden können, aus der die Pensionsverpflichtungen in vollem Umfang hätten bedient werden können. Gerade in den wenigen letzten Jahren wurden in manchen Ländern sogar die noch vorhandenen Versorgungsrücklagen aufgelöst und die Mittel zur Haushaltssanierung verwendet. Das war das Geld der Beamten!

- Der heute immer wieder auch von hochrangigen politischen Kreisen beklagte Zustand, nämlich die „...hohen Pensionsverpflichtungen für die Beamten...“ ist also nichts weiter als das Ergebnis falscher, kurzsichtiger (auf den nächsten Wahltermin schielender), unseriöser und möglicherweise sogar veruntreuender Entscheidungen der Politik in den zurückliegenden Jahrzehnten!
- Frau Bas und Herr Linnemann beklagen jetzt also einen Zustand, den ihre politischen Vorgänger ohne Not herbeigeführt haben. Und all' das geschah gegen den Widerstand der Beamten und gegen die überzeugenden Argumente des dbb.
- Die Beamten jedenfalls haben die jetzige Situation nicht zu vertreten.
- Im Ergebnis muss also eindeutig festgestellt werden: **Bei seriöser Gesamtbetrachtung sind die Beamten für den Steuerzahler nicht teurer als vergleichbare Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst.**
- Bei den Beamten bekommt der Steuerzahler 40 Jahre besondere Treuepflicht und Streikverbot mit dazu. In Zeiten, in denen die Bürger zunehmend die Handlungsfähigkeit des Staates in Frage stellen, sollten sich die politischen Entscheidungsträger gut überlegen, ob sie zusätzliche, große Bereiche des öffentlichen Dienstes aus dem Streikverbot herausnehmen wollen. **Wer die Lokführer aus dem Beamtenstatus herausnimmt, darf sich nicht beschweren, wenn bei Tarifaueinandersetzungen zeitweise die Züge nicht fahren!**
Und wer aktuell laut darüber nachdenkt, bspw. Lehrer aus dem Beamtenstatus heraus zu nehmen (was rechtlich ohnehin nur in die Zukunft wirkend beim Nachwuchs geschehen könnte), sollte sich gleich mit überlegen, wie er den Schülern und Eltern erklärt, dass bei den turnusmäßigen Einkommensrunden im öffentlichen Dienst über mehrere Tage oder Wochen kein Unterricht stattfindet!
- Bei den Vorstößen der Beamtenkritiker ist auch nichts davon zu hören, dass Beamte 40 bzw. 41 Stunden in der Woche arbeiten müssen, Angestellte dagegen „nur“ 39 Stunden (im Vergleich zur Privatwirtschaft immer noch mehr), dass sie Mäßigung bei politischer Betätigung üben müssen und in manchen Rechtskreisen selbst im Ruhestand noch disziplinar belangt werden können.
- Die Beamtenkritiker sollen sich auch vor Augen führen, dass die Regierungen in Bund und Ländern jahrelange verfassungswidrige Unteralimentation bei den Beamten nur durchhalten können, weil Beamte dem Streikverbot unterliegen und infolgedessen jahrelang auf zunehmend stringenteren Vorgaben durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts warten müssen.
Wohlgemerkt: Der dbb steht unumwunden zum Streikverbot für Beamte! Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass hoheitliche Verwaltung auch in Krisenzeiten verlässlich funktioniert. Wenn es das Streikverbot jedoch nicht gäbe, dann müssten sich die Regierungen im Zuge der Verabschiedung von verfassungswidrigen Besoldungsgesetzen auf flächendeckende Streiks auch von Beamten einstellen.

- **Es gibt also keinen sachlichen Grund, das Berufsbeamtentum in seiner jetzigen Form und die jahrzehntelang bewährte Verteilung der Aufgabenbereiche auf Beamte und Arbeitnehmer und deren Erledigung im besten Miteinander auf Augenhöhe in Frage zu stellen!“**

-Ende der Stellungnahme von Heini Schmitt-

Landesvorstand tagte in der Frankfurter Geschäftsstelle



Bei der jüngsten Sitzung des Landesvorstands wurden die konkretisierten Pläne für die Erstellung einer neuen Studie zum Thema Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes diskutiert. Bekanntermaßen hat sich der dbb Hessen dazu entschlossen, die insgesamt vierte Studie zum Thema in Zusammenarbeit mit der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) erstellt werden. Inhaltlich soll sie das Funktionieren oder Nicht-Funktionieren der bislang erreichten Maßnahmen ergründen helfen. Die Untersuchungen sollen voraussichtlich im Frühjahr

2026 durchgeführt werden.

Respektwoche: Nicht mehr nur Blaulichtberufe betroffen

Der dbb Hessen begrüßt es sehr, dass die Landesregierung wieder den „Tag des Respekts“ und die „Respektwoche“ (15. bis 21. September.) ausruft. Dies zeige auch, wie notwendig solche Weckrufe seien, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, **Heini Schmitt**.

„Die Blaulichtberufe sind immer wieder in besonderer Weise betroffen, was tätliche Angriffe, Beschimpfungen und Beleidigungen im Arbeitsalltag angeht“, sagt Heini Schmitt. „Es darf in unserer Gesellschaft nicht einfach so hingegenommen werden, dass Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte, Feuerwehrleute oder Rettungskräfte inzwischen fast zur Tagesordnung gehören.“

Die Studien, die der dbb Hessen gemeinsam mit der Uni Gießen in den letzten fünf Jahren veröffentlicht hat, weisen eine dramatische Gefährdung auch in vielen anderen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes aus, so z. B. bei Lehrern, Gerichtsvollziehern, bei der Bahn oder in den Arbeitsagenturen und Jobcentern. „Auch dort leiden die Beschäftigten unter der zunehmenden Verrohung der Umgangsformen“, so Heini Schmitt. (**dbb-hessen Pressemitteilung vom 12. September**)

Neue Publikation: Wichtige Informationen aus dem Geschäftsbereich Beamte

über beigefügten Link erhalten Sie den neuen „dbb news Beamte Nr. 1 / August 2025“: [dbb news Beamte / Besoldung und Versorgung des Bundes / Nr. 1.pdf](#)

Mit den neuen „dbb news Beamte“ berichtet der dbb zukünftig zu aktuellen und wichtigen Themen aus dem Beamtenbereich. „dbb news Beamte Nr. 1“ informiert der Bundesvorsitzende, Kollege Volker Geyer, zu den positiven Entwicklungen im Bundesbeamtenbereich nach seinem Austausch mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt zur Besoldungserhöhung.

Verbraucherzentrale warnt: Fake-Account von Hanau OB Kaminsky sorgt für Aufsehen

Prominente Persönlichkeiten bewerben vermeintlich lukrative Finanzprodukte oder angeblich revolutionäre Gesundheitsmittel? Vorsicht: Oft stecken Fakes dahinter. Die **Verbraucherzentrale Hessen** zeigt, wie man Fälschungen entlarvt und was Betroffene tun können.

In Hanau sorgte dieser Tage ein betrügerischer Social-Media-Account für Unruhe. Der Account „clauskaminsky1“ (in der Folge dann „clauskaminsky“) gab vor, der offizielle Auftritt des Oberbürgermeisters Claus Kaminsky zu sein, und sollte Nutzer in vermeintliche Investitionsgruppen locken. Die Stadt Hanau hat bereits selbst Maßnahmen ergriffen, um den Missbrauch zu stoppen und vor der perfiden Masche zu warnen.

Falsche Anlagetipps auf falschen Profilen

Im Fall des Hanauer OB wurden auf dem falschen Profil Anlagetipps verbreitet, verbunden mit dem Aufruf, sich an einer WhatsApp-Gruppe zu beteiligen, in der es dann konkret Anlageempfehlungen geben sollte. Für diese Empfehlungen sollten die Nutzer allerdings erst mal ein Entgelt bezahlen.

Der Trick ist nicht neu: Kriminelle setzen gezielt auf bekannte Persönlichkeiten, um Vertrauen zu wecken und Seriosität vorzutäuschen. Bekannte Namen werden verwendet, um angebliche Erfolgsgeschichten von Produkten glaubhaft erscheinen zu lassen. Besonders häufig werden gefälschte Profile oder Promi-Zitate im Zusammenhang mit Finanzangeboten, aber auch im Bereich Gesundheits- und Lifestyleprodukte eingesetzt. Da geht es um vermeintlich lukrative Krypto-Investments, angeblich mit „staatlicher Förderung“, Trading-Plattformen mit automatisierten Erfolgssystemen, falsche Börsentipps oder vermeintliche Insider-Geheimtipps. Erst Anfang 2025 wurden auf einer gefälschten „Spiegel-Netzwerk“-Seite Screenshots aus der NDR-Talkshow mit Barbara Schöneberger und Günter Jauch veröffentlicht, die angeblich zeigen, wie Günther Jauch über eine vermeintliche Bitcoin-Plattform berichtet, Barbara Schöneberger dies prüft und selbst ein Konto anlegt. Alles Fake – in der Talkshow ging es um ganz andere Themen.

„Gerade in sozialen Netzwerken, Messenger-Diensten, Videoplattformen wie TikTok oder YouTube und auf dubiosen Internetseiten haben wir es dabei immer häufiger mit KI-generierten, täuschend echt wirkenden Fälschungen von Audio-, Bild- oder Videoinhalten – sogenannten Deepfakes – zu tun, in denen Prominente scheinbar ein Produkt loben oder einen Finanztipp geben. Die Technologie wird nicht nur besser, sondern auch einfacher zugänglich“, erläutert Peter Lassek, Leiter der Fachgruppe Recht bei der Verbraucherzentrale Hessen. „Gerade Deepfake-Technik sorgt dafür, dass selbst aufmerksame Verbraucher getäuscht werden können – etwa durch Videos, in denen Promis scheinbar glaubwürdig sprechen oder Produkte empfehlen“, so Lassek weiter.

Deepfakes werden immer “besser”

Auch wenn Fake-Profile, gefälschte Werbeanzeigen und Deepfakes immer besser werden, gibt es oft viele Hinweise, die Verbraucher misstrauisch machen sollten. Das gilt insbesondere bei völlig übertriebenen Versprechen wie zum Beispiel ungewöhnlich hohen Gewinnen mit wenig Einsatz und ohne jegliches Risiko. Misstrauisch sollte man sein, wenn die Investitionen in Kryptowährungen getätigt werden sollen. „Banken und Sparkassen gehen nicht direkt auf Kunden zu, um Verbraucher zum Online-Trading zu bringen. Man sollte sich genau über die Trading-Plattformen informieren, bevor man sich anmeldet oder gar Geld überweist“, rät Lassek. Dabei kann z.B. die Unternehmensdatenbank der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) behilflich sein. „Spätestens wenn man aufgefordert wird, Geld auf ein völlig unbekanntes Konto zu überweisen, sollten alle Alarmglocken angehen.“

- Der Account besteht erst seit kurzer Zeit: Auf Fake-Profilen finden sich oft nur wenige oder gar keine persönlichen Informationen.
- Der Profilname enthält Zeichen und Nummern: Promis sichern sich in der Regel frühzeitig ihren eindeutigen Namen in sozialen Netzwerken. Fakes müssen deshalb auf Varianten mit zusätzlichen Zahlen oder Zeichen zurückgreifen. Prüfen Sie den Namen deshalb genau.
- Kaum Interaktion und ungewöhnliche Reaktionszeiten: Kommunikation wird nur über private Nachrichten geführt. Sehen Sie sich das Profil ganz genau an. Wenig Aktivität auf dem Profil ist ein Warnsignal, besonders bei Prominenten. Auch bei extrem schnellen Reaktionen (spricht für einen sogenannten Social Bot) oder Interaktion nur zu bestimmten (Büro-)Zeiten sollte man skeptisch werden.
- Recherchieren Sie! Geben Sie den Namen des Promis zusammen mit Begriffen wie „Scam“ oder „Betrug“ in eine Suchmaschine ein. Oft gibt es bereits Warnungen, dass der Name des jeweiligen Promis für Betrügereien genutzt wird.
- Auf Profilinformatoren achten: Fakeprofile haben oft unvollständige Informationen. Angaben zu Wohnort, Beruf und Interessen sollten auf Plausibilität geprüft werden.

Was tun?

- Dem Bauchgefühl vertrauen: Bei merkwürdigen Interaktionen die Kommunikation abbrechen, das Profil blockieren und überprüfen.
- Melden Sie Fake-Profile oder gefälschte Werbeanzeigen bei der jeweiligen Plattform.
- Antworten Sie nicht ungeprüft auf private Nachrichten unbekannter Accounts. Es könnte ein Fake-Profil sein!
- Gehen Sie ggf. auf die Original-Seite des betroffenen Promis. Häufig finden sich dort bereits Warnmitteilungen.

- Geben Sie keine sensiblen Daten preis, wie Zugangsdaten zum Online-Banking oder zum Depot, Ausweissfotos oder Ihre Anschrift.
- Befürchten Sie, Opfer geworden zu sein? Erstellen Sie Anzeige bei der Polizei!

+++++

WhatsApp-Kanal des dbb: Die neuesten Nachrichten gleich auf das Handy



Es gibt mal wieder etwas Neues! Seit wenigen Tagen können Sie die neuesten Nachrichten aus dem dbb Hessen gleich auf das Handy bekommen – mit unserem neuen **WhatsApp-Kanal**. Also gleich **kostenfrei** und **unverbindlich** abonnieren und nichts mehr verpassen!

Fragen zum Angebot an: presse@dbbhessen.de

+++++



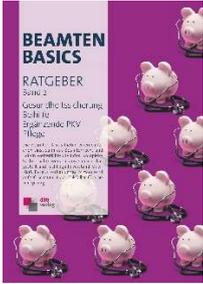
Lesestoff für die tägliche Praxis

Beim DBB Verlag (www.dbbverlag.de) sind u. a. folgende Ratgeber erhältlich:



Ratgeber Beamten Basics – Besoldung Versorgung Beihilfe

Der Ratgeber enthält unverzichtbare Grundlagen zum Statusrecht, zur Bezahlung in Form des Besoldungsrechts, zur Alterssicherung durch das Versorgungsrecht sowie zum Thema Gesundheitsfürsorge als Beihilfe. Anhand von Übersichten, Merklisten, Gesetzesauszügen und Beispielen werden die Bundes- und Länderregelungen kurz und prägnant erläutert.



Ratgeber Beamten Basics - Gesundheitssicherung, Beihilfe, Ergänzende PKV, Pflege

Dieser Ratgeber beantwortet alle wichtigen Fragen rund um die Gesundheitssicherung, z. B.:

- Wie sichere ich mich ab?
- Beihilfe: Wer bekommt sie? Wer zahlt was? Welche Aufwendungen werden übernommen?
- Bekomme ich Beihilfe im Pflegefall?

Mit einer kompakten und einfachen Darstellung, Infokästen und Zusammenfassungen richtet sich der Ratgeber an alle, die einen schnellen Überblick oder einen zielgerichteten Einstieg suchen.

Allgemein Interessierte werden genauso angesprochen wie Beamtenanwärter, Probebeamte, aber auch Versorgungsempfänger und Hinterbliebene von Beamten.

+++++

Sie möchten die **dbb Nachrichten direkt** und **kostenlos** ins **eigene Mailpostfach** geschickt bekommen? Kein Problem! Einfach bestellen per Mail an: presse@dbbhessen.de

+++++

Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

🏠 | Mitgliedschaft & Service

Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit * gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

Persönliche und dienstliche Angaben	
Vorname*	Nachname*
Straße und Hausnummer*	
PLZ*	Wohnort*
Geburtsdatum*	E-Mail*
Dienststelle*	Arbeitgeber*
Beschäftigt als* Bitte wählen Sie	

Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.

...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.

...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.

...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.

...genießen Sie Rechtsschutz in beruflichen

Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

Einkommensrunden – egal ob mit Bund, Kommunen, den Ländern oder anderen Arbeitgebenden – gehen jeden an. Alle sind betroffen. Das Ergebnis ist offen. Sie können es mitgestalten – durch Mitmachen oder Fernbleiben! Die Einkommensrunden finden auch vor Ort statt, in Ihrer Verwaltung, in Ihrem Betrieb. Dort werden die Ergebnisse wirksam. Handeln Sie, sonst wird über Sie verhandelt!

Treten Sie in Aktion, werden Sie Mitglied in einer unserer Fachgewerkschaften!

Wir bieten Fachkompetenz vor Ort und eine zentrale Verhandlungsmacht für Arbeitnehmende, Beamtinnen und Beamte. Ihre berechtigten Interessen lassen sich oftmals nur im Konflikt durchsetzen. Gewerkschaften werden jedoch auch im Alltag dringend gebraucht.

Die **dbb Fachgewerkschaften bieten** konsequente **Interessenvertretung, Fortbildung** und **Rechtsschutz** rund um die Arbeit. Unsere **Personal-** und **Betriebsräte/-rätinnen** gestalten die Arbeitswirklichkeit vor Ort. Über unsere Medien **informieren wir** Sie über alle wichtigen tarif- und beamtenpolitischen Themen.

Impressum

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher, Kürzel: noe), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: presse@dbbhessen.de.



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



dbb
vorteilswelt